

Silicon Valley ist weit weg

Venture Capital. In Deutschland haben es junge Internet- oder Biotechnologie-Start-ups schwer, an Kapital zu kommen. Kein Wunder also, dass innovative Firmen wie Facebook, Google oder Apple nicht hierzulande, sondern in den USA gegründet wurden. Die deutsche Politik zeigt bislang zu wenig Ehrgeiz, daran etwas zu ändern.

In den USA, vor allem im kalifornischen Silicon Valley, funktioniert das Rezept bestens: Mit Venture Capital – auf Deutsch: Wagniskapital – beteiligen sich Investoren an jungen Hightech-Firmen und helfen ihnen durch die schwierige Startpha-

se (Kasten Seite 2). Hierzulande geschieht dies noch viel zu selten:

Nicht einmal 700 Millionen Euro betrug das in Deutschland aufgebrauchte Wagniskapital im Jahr 2013 – das waren weniger als 0,05 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. In Groß-

britannien und den USA ist der Anteil vier- bis achtmal so hoch.

Zudem war in den vergangenen Jahren in Deutschland keine Besserung zu erkennen (Grafik Seite 2). Im Gegenteil: Der Venture-Capital-Markt hat stark unter der Wirtschafts- und Finanzkrise von 2009 gelitten und sich davon bis heute nicht erholt. Vor allem zur Finanzierung der Expansionsphase stehen nur 200 bis 300 Millionen Euro im Jahr zur Verfügung. Dabei entscheidet sich gerade in dieser Phase, ob ein Start-up den Aufstieg zu einer Technologiefirma von Rang schafft.

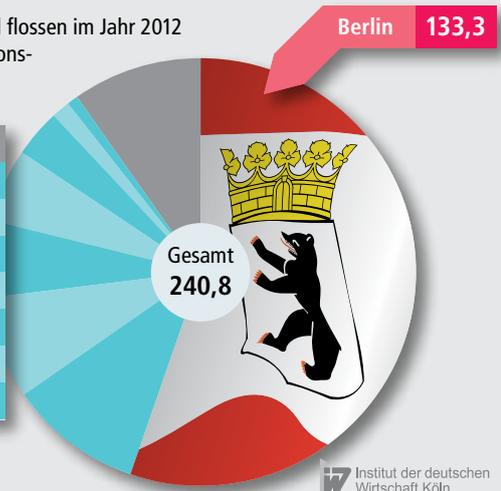
Dass in die Früh- und die Gründungsphase mehr Wagniskapital fließt, liegt auch an den dafür vorgesehenen Steuergeldern – etwa dem 300 Millionen Euro schweren Hightech-Gründerfonds, an dem das Bundeswirtschaftsministerium und die Staatsbank KfW beteiligt sind.

Das insgesamt zu geringe Aufkommen an Venture Capital in Deutschland ist vor allem aus einem Grund bedenklich: In den letzten Jahren wurden immer weniger →

Venture Capital: Berlin dominiert

So viele Millionen Euro an Wagniskapital flossen im Jahr 2012 an neu gegründete Firmen der Informations- und Kommunikationstechnologie

Übrige Bundesländer	22,9
Sachsen	2,4
Rheinland-Pfalz	2,8
Sachsen-Anhalt	9,0
Hamburg	13,5
Nordrhein-Westfalen	14,0
Bayern	18,9
Baden-Württemberg	24,0



Übrige Länder: einschließlich Venture Capital, das sich nicht regional zuordnen lässt; Quelle: Bitkom

IW Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien · iwd 16

Inhalt

Pkw-Markt. Die Ausichten für Exporte nach Russland sind eher trübe – schuld ist unter anderem der schwache Rubel.
Seite 3

Target2-Salden. Ein Blick zurück zeigt, dass die aktuellen Verrechnungssalden kein Grund zur Besorgnis sind.
Seite 4

Bankbilanzprüfung. Die Wirkungen halten sich in Grenzen – so Ulrich Kater, Chefvolkswirt der DekaBank.
Seite 5

Konsumverzicht. Immer mehr Menschen teilen und tauschen ihr Hab und Gut – etwa durch Carsharing.
Seite 6

Berufsschullehrer. Das Stundenpensum der Lehrkräfte hängt davon ab, in welchem Bundesland sie arbeiten.
Seite 7

Fachkräfteengpässe. Die Suche nach Fachkräften ist für Unternehmen auf dem Land besonders schwierig.
Seite 8

IW Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Arndt Günter Kirchhoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen in Deutschland

→ Hightech-Unternehmen gegründet. Dabei sind gerade sie für die Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft relevant.

Was an Wagniskapital zusammenkommt, fließt – nicht nur in

Deutschland – zu etwa 40 Prozent in die Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT). Dabei hat sich der Fokus in jüngster Zeit verschoben – weg von der Hardware hin zur Software und zur Nutzung inter-

netbasierter Technologien, zum Beispiel für Computer- und Smartphone-Spiele. Zweitwichtigstes Ziel für Venture Capital sind die Biotechnologie und weitere Sparten der Gesundheitswirtschaft, die zusammen auf ein Fünftel der Investitionen kommen.

Im IKT-Bereich war zuletzt die Hauptstadt das Maß der Dinge (Grafik Seite 1):

Im Jahr 2012 floss mehr als die Hälfte des Wagniskapitals für Internet-Start-ups und ähnliche Firmen nach Berlin.

International gesehen ist die Spree-Metropole damit aber noch lange kein neues Silicon Valley – Venture-Capital-Hochburgen außerhalb der USA sind eher London, Tel Aviv und Singapur.

Um es jungen Hightech-Firmen in Deutschland leichter zu machen, müsste sich die Politik stärker ins Zeug legen. Zwar haben CDU, CSU und SPD im Koalitionsvertrag ein Venture-Capital-Gesetz angekündigt. Doch der kürzlich vorgelegte Antrag der Regierungsfractionen lässt wesentliche Punkte außen vor.

Dabei liegen wirksame Verbesserungsvorschläge auf der Hand. So sollten Verluste aus den riskanten Investitionen steuerlich besser verrechnet werden können. Auch gilt es, Mehrfachbesteuerungen des investierten Kapitals bei den Hightech-Firmen, den Venture-Capital-Gesellschaften und den eigentlichen Investoren zu vermeiden. Die Beispiele Großbritannien, Frankreich und Israel zeigen außerdem, dass Steuerermäßigungen für Venture-Capital-Investitionen die Zahl der Hightech-Gründungen steigern.

Venture Capital

Venture Capital – Wagniskapital – ist eine Form des Beteiligungskapitals, das vor allem dazu dient, meist sehr risikoreiche Firmengründungen im Bereich der Hochtechnologie zu finanzieren. Zu diesem Zweck sammeln üblicherweise Beteiligungsgesellschaften Geld von privaten oder auch öffentlichen Investoren. Die Financiers gehen dabei das Risiko ein, ihr Kapital vollständig zu verlieren, wenn die Unternehmensgründung scheitert. Hat die junge Firma allerdings Erfolg, sind hohe Renditen möglich.

Die Venture-Capital-Finanzierung erstreckt sich über mehrere Phasen:

Frühphase („Seed-Finanzierung“). In dieser Phase – vor der eigentlichen Firmengründung – geht es darum, die Ausreifung und Umsetzung einer Idee bis hin zu einem Prototyp zu finanzieren. Auf dessen Basis können die Gründer dann ihr Geschäftskonzept erstellen.

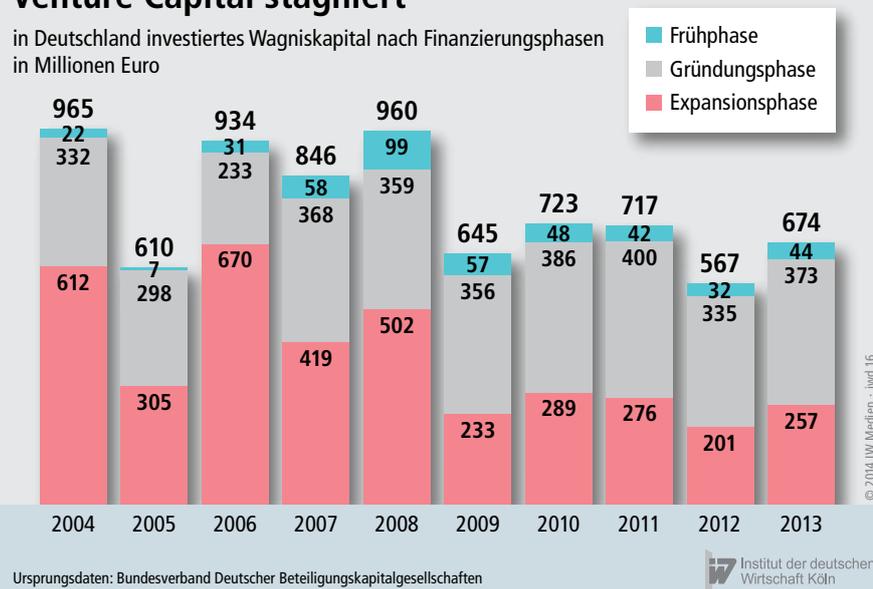
Gründungsphase („Start-up-Finanzierung“). In dieser Phase werden jene Unternehmen unterstützt, die sich im Aufbau befinden oder ihre Produkte noch nicht in ausreichendem Maße vermarkten konnten. Denn während dieser Zeit entstehen fast immer Verluste.

Expansionsphase („Later-Stage-Finanzierung“). Hier wird fremdes Kapital benötigt, um zum Beispiel Produktions- und Vertriebskapazitäten auszubauen oder Übernahmen zu finanzieren – selbst wenn die Firma bereits Gewinne erzielt.

In der Regel endet die Beteiligung der Investoren nach zwei bis sieben Jahren. Dieser Rückzug („Exit“) der Kapitalgeber kann unter anderem erfolgen, indem das Unternehmen an die Börse geht. Alternativ übernehmen andere Investoren die Beteiligung. Kann sich die Firma allerdings am Markt nicht durchsetzen, müssen die Financiers das investierte Kapital abschreiben.

Venture Capital stagniert

in Deutschland investiertes Wagniskapital nach Finanzierungsphasen in Millionen Euro



Russland steht auf der Bremse

Pkw-Markt. Nachdem der russische Automobilmarkt 2009 regelrecht zusammengebrochen war, blühte er danach wieder auf. Davon profitierten insbesondere die deutschen Hersteller. Die weiteren Aussichten sind allerdings eher trübe – schuld sind der schwache Rubel und die Entwicklungen in der Ukraine.

Da fast alle westeuropäischen Automobilmärkte in den vergangenen Jahren in einer Absatzkrise steckten, rückten neue Märkte mit besseren Wachstumsaussichten in den Fokus der europäischen Hersteller. Dazu zählte auch Russland:

Innerhalb von nur drei Jahren ist die Zahl der Pkws in Russland um 16 Prozent auf 38,5 Millionen gestiegen.

Gleichwohl sind die rund 143 Millionen Russen noch immer relativ schwach motorisiert: Statistisch gesehen hat nur rund jeder Vierte ein Auto, in Deutschland ist es ungefähr jeder Zweite. Der russische Markt bietet also noch großes Potenzial.

Das haben auch die deutschen Hersteller erkannt (Grafik). Im Jahr 2013 gingen rund 130.000 Pkws oder 3,2 Prozent aller deutschen Pkw-Exporte nach Russland – 2004 lag die Quote noch unter 1 Prozent. Zwischenzeitlich – im Vorkrisenjahr 2008 – waren die Zahlen sogar noch besser: Damals verkauften die deutschen Automobilhersteller fast 180.000 Personenwagen nach Russland, das waren gut 4 Prozent ihrer Ausfuhren.

Für die deutsche Wirtschaft spielt die Automobilindustrie traditionell eine zentrale Rolle – auch fürs Geschäft mit Russland:

Im Jahr 2013 exportierte Deutschland Waren im Wert von 36 Milliarden Euro nach Russland – davon entfielen gut 8 Milliarden Euro auf Kraftfahrzeuge und Kfz-Teile.

Hierzu zählten auch die Zulieferungen für jene Werke deutscher Hersteller, die seit 2010 in Russland produzieren. Das Engagement vor Ort hat vor allem den Grund, dass Russland – ähnlich wie China – seinen Markt mit hohen Importzöllen auf fertige Autos abschottet.

Im vergangenen Jahr liefen fast 184.000 deutsche Autos in Russland vom Band – rund 10 Prozent der gesamten russischen Produktion.

Insgesamt ist die russische Pkw-Produktion seit 2004 um gut 70 Prozent gestiegen – trotz eines massiven Einbruchs im Jahr 2009.

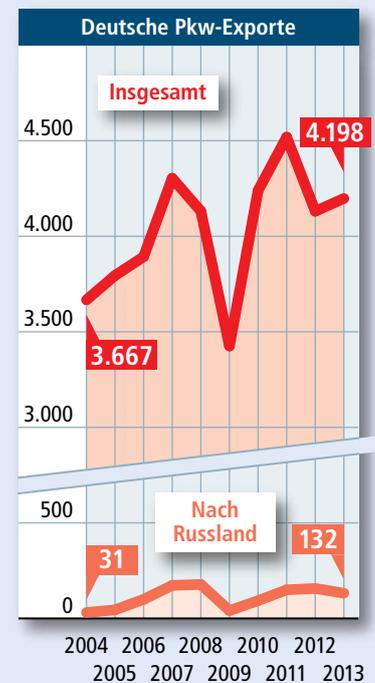
Inzwischen mehren sich erneut die Krisenzeichen. Während die westeuropäischen Länder ihre Talsohle offenbar hinter sich haben, schwächt das größte Land der Welt:

Im Jahr 2013 sank die Zahl der Pkw-Neuzulassungen in Russland um 5,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Auch die deutschen Pkw-Exporte und die Produktion in Russland gingen zurück.

Russlands Probleme haben bereits deutlich vor der Krim-Krise begonnen, und zwar mit dem Verfall des Rubels, der seit April 2013 mehr als 20 Prozent gegenüber dem Euro verloren hat. Davon sind vor allem die ausländischen Hersteller von Klein- und Mittelklassewagen betroffen, denn deren Kunden sind selten bereit und in der Lage, die wechselkursbedingten Preissteigerungen zu akzeptieren. Derzeit spricht die politische

Russischer Pkw-Markt: Der Anteil Deutschlands

in 1.000



Quelle: Verband der Automobilindustrie

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iw16

Großwetterlage für eine weitere Eintrübung des russischen Pkw-Marktes. Das ursprünglich anvisierte Wachstum von 3 Prozent wird jedenfalls schwer zu erreichen sein.

Die Phantomschmerzen

Target2-Salden. Sitzt Deutschland auf Forderungen von 500 Milliarden Euro gegenüber den Euro-Partnern, und ist das Geld im schlimmsten Fall verloren? Über die Relevanz der sogenannten Target2-Salden streiten sich die Gelehrten. Eine Rückschau auf das deutsche Zentralbanksystem von 1948 bis 1957 gibt Anlass zur Entwarnung.

Zunächst einmal erscheint die Sache ganz einfach: Angenommen, ein portugiesischer Betrieb bestellt bei einem deutschen Unternehmen eine Maschine. Der Geldtransfer bei solchen länderübergreifenden Geschäften läuft über das zweistufige Zentralbanksystem der Eurostaaten, das aus der Europäischen Zentralbank (EZB) und den nationalen Zentralbanken besteht. Das heißt: Die Hausbank des portugiesischen Kunden gibt die Überweisung an die portugiesische Zentralbank, die reicht sie an die EZB weiter, die wiederum an die Deutsche Bundesbank, und von dort geht das Geld

schließlich an die Hausbank des Lieferanten in Deutschland.

Solange die Geschäfte zwischen Deutschland und Portugal – sowie zwischen allen anderen Eurostaaten – hin- und hergehen, ist alles in Ordnung. Problematisch wird es, wenn deutsche Firmen ihre Waren zwar nach Portugal, Griechenland oder in andere Euroländer liefern, die aber umgekehrt nichts oder viel weniger nach Deutschland verkaufen – und sich gleichzeitig die portugiesische Geschäftsbank nicht am Interbankenmarkt, also über andere Banken, finanzieren kann und deshalb den Weg über die EZB gehen muss. Denn dann entsteht auf der Ebene der Zentralbanken ein Ungleichgewicht: Die portugiesische Zentralbank hat Verbindlichkeiten gegenüber der EZB, die Deutsche Bundesbank Forderungen – das sind die sogenannten Target2-Salden.

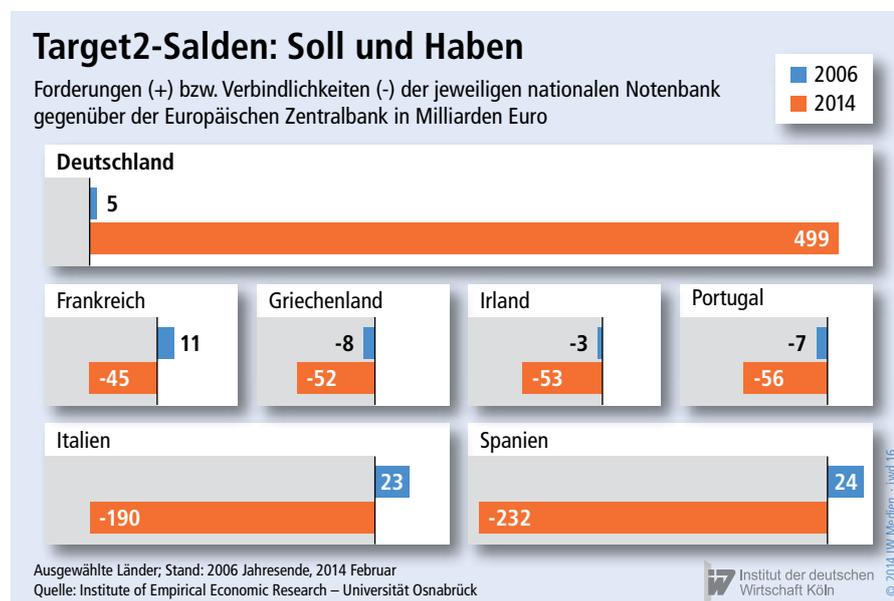
Genau diese Ungleichgewichte haben seit der Finanzkrise enorm zugenommen (Grafik):

Die Deutsche Bundesbank hatte im Februar 2014 fast 500 Milliarden Euro an Forderungen gegenüber der EZB – im Jahr 2006 waren es gerade einmal 5 Milliarden Euro.

Skeptiker wie der ifo-Präsident Hans-Werner Sinn sehen darin „Gefahren für unser Geld und unsere Kinder“, der Wirtschaftsweisen Peter Bofinger hält das Ungleichgewicht nicht für „ein eigenständiges Problem“, sondern nur für ein Symptom für das fehlende Vertrauen der Banken untereinander. Früher, vor der Krise, liehen sich die Banken gegenseitig Geld, heute ist der Interbankhandel vielerorts lahmgelegt, sodass die EZB einspringen muss.

Doch Problem hin oder her – neu ist das Phänomen jedenfalls nicht. Auch Deutschland hatte von 1948 bis 1957 ein zweistufiges Zentralbanksystem, bestehend aus den Landeszentralbanken und der Bank deutscher Länder. Auch damals gab es gravierende Ungleichgewichte, nämlich zwischen den einzelnen Bundesländern, die ihren Zahlungsverkehr untereinander über die Landeszentralbanken abwickelten. Baden-Württemberg zum Beispiel hatte 1955 Forderungen von nahezu 7,5 Milliarden D-Mark, gleichzeitig standen für Nordrhein-Westfalen rund 6,7 Milliarden D-Mark an Verbindlichkeiten in den Büchern.

Als dann 1957 die Bundesbank gegründet wurde, also das zweistufige in ein einstufiges Zentralbanksystem überführt wurde, geschah – nichts. Die damaligen großen Ungleichgewichte hatten keinerlei negative Effekte, es waren lediglich buchhalterische Posten.





Dr. Ulrich Kater,
Chefvolkswirt
der DekaBank

Bankbilanzprüfung. Die Bankenprüfung der Europäischen Zentralbank (EZB) stärkt das europäische Bankensystem. Die schwache Kreditnachfrage im Euroraum wird sie allerdings kaum beseitigen. Dieses Fazit zog Ulrich Kater, Chefvolkswirt der DekaBank, in seinem Vortrag beim 13. Finanzmarkt-Round-Table des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, der DekaBank und der Börsenzeitung.

Die Bankbilanzprüfung der EZB (im Fachjargon Asset Quality Review) sei das größte Ereignis für das europäische Bankensystem in diesem Jahr, meint Deka-Chefvolkswirt Ulrich Kater. Man solle sie allerdings weder unter- noch überschätzen, ergänzt er.

» Jetzt muss man fragen, ob kreditlose Erholungen schlimm sind? «

Immerhin sei die Bankenprüfung der Startschuss für die europäische Bankenunion und damit durchaus ein neues Kapitel in der europäischen Wirtschaftsgeschichte (vgl. iwd 13/2014). Denn eine einheitliche Bewertung von Banken habe es, so Kater weiter, bisher noch nicht gegeben. „Und es ist ein eindrucksvolles Bekenntnis zum Euro und zum europäischen Finanzraum.“

Das Ganze falle in eine Situation, die man ganz einfach beschreiben könne, so der Chefvolkswirt. „Wir

Begrenzte Wirkungen

haben im Euroraum eine kreditlose Erholung – wenn man das Erholung nennen möchte, was da gerade passiert.“ Das sei an sich nicht schlimm. „Man kann ja durchaus den Standpunkt vertreten, dass man ein bisschen warten muss, und dann wird auch die Wirtschaftsentwicklung wieder anziehen. Wenn das Ganze aber so schwach wird, dass es deflationäre Entwicklungen auslösen kann, dann wird es gefährlich.“ Dann müsse man reagieren.

Allerdings könne die Bankbilanzprüfung der EZB in diesem Punkt nicht viel bewirken, ist sich der Volkswirt sicher. Es werde jedoch wieder mehr Vertrauen im Bankensektor geben, und damit könne die Kreditvergabe gesunden.

» Alle Banken sprechen eine Sprache in Europa. «

Überdies sei das Prüfverfahren sinnvoll, weil es die Bestandsaufnahme des europäischen Bankensektors nach einheitlichen Kriterien vornehme. Es gebe eine einheitliche Definition von ausfallgefährdeten Krediten und einheitliche Risikogewichtungssystematiken. „Man könnte also sagen, ab jetzt sprechen alle Banken im Euroraum eine Sprache“, sagt Kater.

Das seien dann aber schon alle guten Nachrichten. „Was man an Annahmen reinsteckt, kommt hinten raus“, kritisiert Kater das Verfahren. Denn die Ergebnisse des Bankentests seien skalierbar. Es würden eben nicht flächendeckend alle Bilanzposten aufgenommen, „das geht nicht, das ist zu viel“.

» Was nicht passieren wird, ist eine flächendeckende Analyse gerade der Unternehmenskredite. «

Auch die Bestände an Staatsanleihen blieben beim Bankentest außen vor oder würden zumindest als problemlos angesehen. Belastungen, die sich aus steigenden Zinsen ergeben könnten, kommen im Stresstest nicht vor, bemängelt der Banker.

Angesichts der bisher gemeldeten ausfallgefährdeten Kredite seien außerdem die zu erwartenden Abschreibungen im europäischen Bankensystem noch sehr hoch. Das Volumen dieser „Non Performing Loans“ belaufe sich auf Hunderte Milliarden Euro. Es sei einfach nicht genug Masse da, diese Abschreibungen zu verkraften. „Die Bilanzprüfungen und der Stresstest helfen hier nicht weiter“, meint Kater.

» Eine Stärkung des europäischen Bankensystems bringt dieses Asset Quality Review allemal. «

Sein Fazit lautet deshalb, man solle den Bankentest nicht überfrachten. Er stärke zwar das europäische Bankensystem. Die schwache Kreditnachfrage behebe er aber nicht. „Denn es sind nicht nur kreditseitige Angebotsprobleme, die wir im Euroraum haben, sondern auch schwerwiegende Strukturprobleme in den einzelnen Wirtschaften.“

Weniger ist das neue Mehr

Konsumverzicht. Immer mehr Menschen teilen und tauschen ihr Hab und Gut. Ganz Radikale verzichten sogar komplett auf Geld und Eigentum.

Vom Brautkleid über die Bohrmaschine bis hin zum Boot: Mehr und mehr Menschen teilen oder tauschen Dinge, die man früher erst kaufen musste, bevor man sie nutzen konnte. Vor allem die Generation der 19- bis 34-Jährigen praktiziert den sogenannten Ko-Konsum, der meist per Internet organisiert wird.

Besonders deutlich wird der Trend zum Teilen beim Auto – das immerhin mal eines der wichtigsten Statussymbole hierzulande war (Grafik):

Während im Jahr 2000 erst 30.000 Menschen in Deutschland Carsharing-Angebote nutzten, tun dies mittlerweile 757.000.

Momentan kann man sich in etwa 350 deutschen Städten und Gemeinden ein Auto leihen. Ein Beispiel für die Kosten: In Köln offerieren die drei großen Carsharing-Anbieter Pkws, für deren 20-minütige Nutzung rund 5 Euro fällig werden. Dieses Angebot lohnt sich vor allem für jene, die jährlich weniger als 10.000 Kilometer zurücklegen. Denn mit dem Carsharing sparen sie nicht nur die Anschaffungs- und Werkstattkosten, auch das Benzin ist in der Automiete schon drin. Und Parkplatzgebühren braucht man für die meisten „Autos auf Zeit“ ebenfalls nicht zu bezahlen.

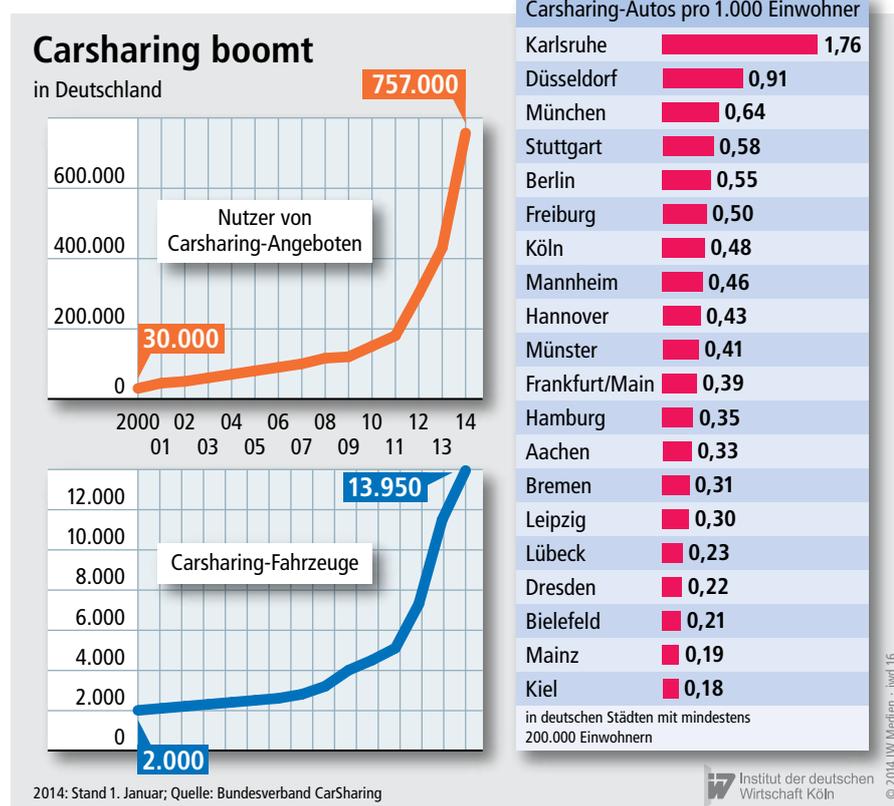
Ums Sparen geht es auch den Unternehmen, die die europaweit rund 800 CoWorking Spaces nutzen: Das sind Büros, in denen sich mehrere Jungunternehmer einen Schreib-

tisch teilen. Der Vorteil: Das Büromobilium muss nur einmal angeschafft werden, das spart in der oftmals noch von finanziellen Nöten geprägten Existenzgründungsphase Geld und Nerven.

Auch der private Wohnungstausch boomt: Weltweit bieten schon mehr als sechs Millionen Menschen über Portale wie airbnb in mehr als 100.000 Städten ihre Räumlichkeiten zur Miete oder zum Tausch auf Zeit an. Allerdings sollten Mieter, die ihre Wohnung während ihres eigenen Urlaubs vermieten, vorsichtig sein – denn solche kurzfristigen Untervermietungen sind nicht immer legal.

Die „Shareconomy“, wie diese neuen Märkte des Tauschens und Teilens auch genannt werden, basiert zwar oftmals auf Verträgen, meist jedoch setzt sie auf eine ganz andere Basis: auf gegenseitiges Vertrauen. Beim privat organisierten Wohnungstausch zum Beispiel können die Wohnraumanbieter nur hoffen, dass ihr Zuhause in gute Hände kommt. Bei Carsharing-Anbietern wie DriveNow oder car2go übernehmen die Autohersteller das unternehmerische Risiko für Autoschäden, die nicht gemeldet werden. Und beim Foodsharing glauben die Lebensmittelempfänger daran, dass die gespendete Nahrung nicht verunreinigt oder gar giftig ist.

Eine radikale Randerscheinung dürften wohl diejenigen sein, die ganz auf Konsum, Geld und Eigentum verzichten. Denn diese Haltung funktioniert nicht für alle – schließlich muss der Konsumverzicht des einen durch den Arbeitswillen des anderen ermöglicht werden.



2014: Stand 1. Januar; Quelle: Bundesverband CarSharing

Ungleiche Arbeitsbedingungen

Berufsschullehrer. Wie viele Stunden Vollzeitlehrkräfte an Berufsschulen unterrichten, hängt ganz davon ab, in welchem Bundesland sie arbeiten. Letzten Endes beeinflusst das die Chancengleichheit der Schüler.

Zwischen Schwerin und Erfurt liegen nicht nur 470 Kilometer, sondern Welten – zumindest für Berufsschullehrer (Grafik):

In Mecklenburg-Vorpommern unterrichteten Berufsschullehrer im vergangenen Schuljahr 23 Wochenstunden – so viele wie in keinem anderen Bundesland. Die Kollegen in Thüringen kamen auf 18 Stunden – so wenige wie in keinem anderen Bundesland.

Dieser Unterschied von annähernd 30 Prozent fällt in der längerfristigen gesamtdeutschen Betrachtung unter den Tisch: Mit durchschnittlich 21 Unterrichtsstunden pro Woche ist die offizielle Arbeitsbelastung von Berufsschullehrern in den vergangenen zwanzig Jahren praktisch gleich geblieben.

Die tatsächliche Arbeitszeit fällt allerdings weit höher aus. Denn zum einen zählt die Statistik auch langfristige Erkrankte und Lehrer in Elternzeit zur Gesamtzahl der Lehrkräfte – sodass die Größe der Kollegien regelmäßig überschätzt wird. Zum anderen ist die reine Unterrichtszeit eben nur ein Teil der Arbeit – der andere besteht aus der Vor- und Nachbereitung, aus organisatorischen Aufgaben als Klassen- oder Betreuungslehrer, aus Schulsozial- und Elternarbeit oder aus der Kontaktpflege zu Unternehmen.

Die große Unwucht in der Stundenverteilung resultiert zum Teil



daraus, dass die Bundesländer ihren jeweiligen Lehrern unterschiedlich viele Pflichtstunden vorschreiben. Hinzu kommt, dass sich auch die Altersstruktur der Lehrerschaft von Land zu Land stark unterscheidet – und ältere Lehrer in der Regel weniger Stunden unterrichten müssen als jüngere Kollegen. Und schließlich weichen die zeitlichen Arbeitsbelastungen auch deshalb so stark voneinander ab, weil die Lehrer je nach Bundesland unterschiedlich viele Überstunden leisten müssen.

Den Fokus auf die Zahl der Unterrichtsstunden zu richten, ist deshalb wichtig, weil die Lehrkräfte heute vor einer doppelten Herausforderung stehen. Zum einen sind die Lehrinhalte in vielen Berufen komplexer geworden, zum anderen ist die Schülerschaft heute so heterogen wie nie zuvor.

Die Inklusion von jungen Menschen mit Behinderung sowie die zunehmende Integration von Auszu-

bildenden aus dem europäischen Ausland machen den Job der Berufsschullehrer immer anspruchsvoller. Sie müssen sich interkulturelle Kompetenzen aneignen und werden künftig deutlich mehr Zeit für die soziale Betreuung und die Lernbegleitung des einzelnen Schülers benötigen. Auch die Wirtschaft schenkt diesen Zielgruppen große Aufmerksamkeit, so eine DIHK-Umfrage von 2013:

Sieben von zehn Unternehmen sind grundsätzlich bereit, leistungsschwächere Jugendliche auszubilden.

Damit Berufsschüler in allen Regionen und Ausbildungsberufen vergleichbare und bestmögliche Chancen erhalten, müssen die Bundesländer die großen Unterschiede in der Arbeitsbelastung der Lehrer beseitigen. Dazu gehört, die Zahl der Pflichtstunden zu vereinheitlichen. Außerdem sollten die Schulen größere Entscheidungsfreiheiten bei der Auswahl und dem Einsatz von neuen Lehrkräften bekommen.

Leere auf dem Land

Fachkräfteengpässe. Viele Unternehmen suchen händierend nach Fachkräften. Dies stellt besonders ländliche Gebiete vor große Herausforderungen, denn sie sind als Wohnort nicht so attraktiv wie die Städte.

Der Großteil des Wohlstands in Deutschland wird auf dem Land erwirtschaftet. Knapp zwei Drittel aller Industriebeschäftigten arbeiten abseits der Städte. Doch die Unternehmen vor Ort sehen sich mit zwei großen Problemen konfrontiert:

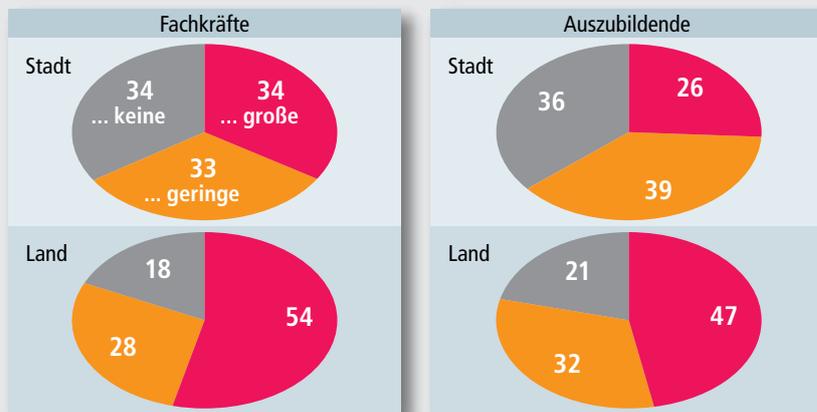
Zum einen müssen sie Prognosen zufolge mit einer Fachkräftelücke von mindestens zwei Millionen Personen im Jahr 2020 rechnen.

Zum anderen zieht es immer mehr Menschen in die Städte, die oft eine bessere Infrastruktur bieten.

Eine Befragung von 600 Unternehmen durch die IW Consult zeigt: Rund die Hälfte jener Betriebe im ländlichen Raum, die Mitarbeiter suchen, hat große Schwierigkeiten,

Land ohne Leute

Von den Unternehmen, die 2012 Mitarbeiter suchten, hatten so viel Prozent ... Schwierigkeiten, Fachkräfte oder Auszubildende zu finden



Befragung von 600 Unternehmen im August 2013; Quelle: IW Consult

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iw16

Fachkräfte oder Auszubildende zu finden (Grafik). In den städtischen Regionen betrifft dies nur gut ein Drittel der Firmen, die Fachkräfte suchen, und ein Viertel der Unternehmen, die freie Ausbildungsplätze haben.

Um die ländlichen Gebiete attraktiver zu machen, muss die Politik die Rahmenbedingungen verbessern – das heißt beispielsweise die Verwaltungen wirtschaftsfreundlich gestalten, für ein leistungsfähiges Breitbandnetz sorgen sowie gute und flexible Betreuungsmöglichkeiten für Kinder und Pflegebedürftige schaffen. Und diese Angebote sollten dann auch beworben werden.

Die Städte und Gemeinden im ländlichen Raum können durch bür-

gerschaftliches Engagement, eine ausgeprägte regionale Identität und eine Willkommenskultur ihre Attraktivität für Fachkräfte steigern.

Aber auch die Unternehmen können ihren Teil beitragen: mit Angeboten, die sie für Fachkräfte interessanter machen. Gerade die „Generation Y“, also junge Leute, möchte heutzutage mehr als das reine Gehalt, zum Beispiel Sabbatjahre, flexible Arbeitszeiten oder zusätzliche Vergütungen in Form von Jobticket, Sprach- und Fitnesskursen oder Zuschüssen zur Kinderbetreuung.

Weitere Informationen und die Studie „Zukunft des ländlichen Raums“ zum Download gibt es unter: iwconsult.de/regional

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber
Redaktionsassistent: Ines Pelzer
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 8,84/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich
Abo-Service: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.
Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.